

# **Haushaltsrede 2011**

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion  
in der Landschaftsversammlung Rheinland

***Jürgen Rolle***

am 28. Februar 2011

in Köln

*(Es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Frau LVR-Direktorin,  
liebe Gäste aus Westfalen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

„Wenn es die Landschaftsverbände nicht gäbe, müsste man sie erfinden.“ (Johannes Rau)

Diesen Satz zitierte unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft anlässlich der Amtseinführung unserer neuen LVR-Direktorin Ulrike Lubek am 18. November 2010. Nach all den schwarz-gelben Unsicherheiten der letzten fünf Jahre auf Landesebene, nach Palmen, Rüttgers und Co. endlich ein klares Wort! Dies war längst überfällig und es war gut so!

Deswegen – meine Damen und Herren – steht dieser Satz auch über dem „Eckpunktebeschluss“, den die Gestaltungsmehrheit zum Haushalt 2011 gemeinsam erarbeitet hat.

Bei den aufgrund der Haushaltslage insgesamt schwierigen Beratungen galt es, die Balance zu finden zwischen dem, was zwingend notwendig, d.h. unantastbar und dem, was wünschenswert – besser – gerade noch machbar ist.

In enger, guter Zusammenarbeit mit der Verwaltung konnten wir uns verständigen auf einen für alle Betroffenen akzeptablen Dreiklang aus

1. Haushaltskonsolidierung
2. Vermögenseinsatz und
3. Sicherung der Einnahmen aus der Umlage auf dem bisherigen Niveau trotz stetig steigender Fallzahlen.

Und damit zunächst einen herzlichen Glückwunsch an diese Verwaltung, die es geschafft hat, eine Konsolidierung von über 60 Mio. Euro zu realisieren – und das nachhaltig! Vor allem Dank an die stellvertretende LVR-Direktorin Renate Hötte, die diesen Prozess sehr zielstrebig und vor allem zielführend begleitet hat!

Insgesamt eine außerordentliche Leistung, für die ich allen beteiligten Dezernaten ausdrücklich meinen Respekt zolle!

Und trotz allem haben wir es geschafft, die wichtigsten Standards zu halten und die zukunftsweisenden Themen des LVR zu besetzen:

Beispiel Personal:

Natürlich sind wir in Zeiten wie diesen gezwungen, bislang bestehende Personalbewirtschaftungsmaßnahmen wie Beförderungs- und Wiederbesetzungssperre weiter aufrechtzuerhalten. Keine Mitgliedskörperschaft könnte verstehen, wenn wir hier die Zügel lockern würden.

Aber bei aller Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren, vergessen wir nicht unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Daher bleibt es bei der von der Gestaltungsmehrheit beschlossenen Ausbildungs- und Qualifizierungsquote.

Diese dient auch dazu, den LVR selbst zukunftsfähig zu machen.

Die demografische Entwicklung erfordert hier von uns besondere Anstrengungen.

Zur Erläuterung:

Der LVR hat aktuell über 15.000 Mitarbeiter/-innen, davon sind über 40 % (!) über 50 alt.

Das heißt, in den nächsten anderthalb Jahrzehnten werden ca. 40 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den LVR verlassen, d.h. auch: Wir brauchen qualifizierten Nachwuchs!

Eine Herausforderung, der sich Politik und Verwaltung werden stellen müssen.

Auch aus dem Bereich Umwelt und Kultur wurden die vereinbarten Einsparungsvorschläge erarbeitet und sind in den Entwurf mit eingeflossen.

Der Spagat zwischen der Notwendigkeit den Haushalt zu konsolidieren und attraktive Angebote für die Bürgerinnen und Bürger des Rheinlandes zu machen, wird dabei immer schwieriger.

Als Politiker erwarten wir gerade im Kulturbereich, dass wir z.B. in den Museen jedes Jahr mehr Besucher haben und wir in unseren Einrichtungen die Leistungen ständig verbessern. Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass dies aufgrund der derzeitigen Finanzlage nicht in allen Bereichen umsetzbar sein wird. Wir können froh sein, wenn wir die noch vor uns liegende finanzielle Durststrecke ohne weitere Einschränkungen bei der Aufgabenwahrnehmung überstehen.

Insofern trägt meine Fraktion die von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzungen ausdrücklich mit.

Ein Kultur-Schwerpunkt für das Haushaltsjahr 2011 die von uns ausdrücklich erwünschte Netzwerkaktivität des Landschaftsverbandes Rheinland sein. Dabei verhehle ich nicht, dass ich mir wünschen würde, dass sich unsere Bemühungen, mit einzelnen Partnern zu vernünftigen Lösungen zu kommen, nicht so zäh gestalten, wie bei einigen Projekten im vergangenen Jahr.

Und das sage ich mit aller Klarheit, da muss man sich auch mal von was trennen können oder was nicht anpacken. Bei allen Entscheidungen, die anstehen – so oder so – muss **Qualität** und **Verlässlichkeit** der Partner im Vordergrund stehen.

Für meine Fraktion, das wird Sie nicht wundern, ist die nachhaltige Bewahrung der Industriekultur gerade in Verbindung zum abgelaufenen Kulturhauptstadtjahr ein Thema von enormer Bedeutung. Durch sein industriekulturelles Netzwerk hat der Landschaftsverband Rheinland eine Vorreiterrolle entwickelt. Hier gilt es, die Aktivitäten im Rheinland zu bündeln, um dem Thema die Bedeutung zuzumessen, die ihm gebührt. Industriekultur bedeutet dabei nicht nur Ruhrgebiet, Industriekultur ist für ganz NRW ein (kulturelles) Alleinstellungsmerkmal.

Aus diesem Grunde haben wir in unserem Haushaltsbegleitbeschluss u.a. festgelegt, dass die Umsetzung der industriekulturellen Gedanken und die vorhandenen Netzwerke unter der Federführung des Landschaftsverbandes und seiner vorhandenen fachlichen Kompetenz weiter entwickelt werden sollen. Ich bin sicher, dass wir insbesondere hier gemeinsam zu vernünftigen Lösungen auch mit Unterstützung der Landesregierung kommen werden.

Und .... ich weiß alle diese Themen bei unserer Kulturdezernentin, Milena Karabaic, in guten Händen!

In guten Händen sind auch zwei Milliarden Euro für die Leistungen für Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, für die wir insgesamt eine große Verantwortung tragen. Denn diese Menschen mit ganz unterschiedlichen, vielfältigen Handicaps sind auf die durch den LVR finanzierten Leistungen angewiesen. Insbesondere sind die Leistungen zur Beschäftigung und zum Wohnen für Menschen mit Behinderung notwendig, um Ihnen eine Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen.

Der Ausbau der ambulanten Wohnhilfen war Schwerpunkt unserer politischen Arbeit in den vergangenen Jahren. Vielfältige Projekte haben wir als SPD-Fraktion angeregt, um das Programm „ambulant vor stationär“ zu fördern und zu unterstützen. Der Haushalt bestätigt auch in diesem Jahr den Erfolg dieser Maßnahmen. Wir alle wissen, dass die Zahl der Menschen mit Behinderung, die Wohnhilfen benötigen, stetig steigt – alleine schon aufgrund der demografischen Entwicklung.

Ein großer Erfolg ist, dass die Zahl der Menschen in stationären Einrichtungen nicht weiter zunimmt und sich die Fallzahlzugänge ausschließlich bei den ambulanten Wohnhilfen abbilden. Dies ist nur möglich, weil nach wie vor Heimbewohnerinnen und Heimbewohner im Rheinland motiviert werden, in eine ambulant unterstützte Wohnform zu wechseln. Diesen Entwicklungsprozess, der Bestandteil einer gelebten Inklusion ist, werden wir als SPD-Fraktion auch weiterhin aktiv mitgestalten! Hierzu werden insbesondere die Förderung von inklusiven Projekten und der Erhalt der KoKoBe's und SPZ einen wesentlichen Beitrag leisten. An dieser Stelle erlauben Sie mir bitte einen ausgesprochenen Dank an die Vorsitzende der Kommission Inklusion, Dorothee Daun, die gemeinsam mit der Sozialdezernentin Martina Hoffmann-Badache genau die Aufgaben ausfüllt, die wir uns bei der Einführung der

„Kommission Inklusion“ gewünscht haben, nämlich die übergreifenden Inklusionsbemühungen des LVR fachlich zu bündeln!

Neben den Wohnhilfen bilden die Leistungen zur Beschäftigung einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der Gestaltungsmehrheit. Wichtiges Ziel ist es, Menschen mit Behinderung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu bekommen. Denn: Die Berufstätigkeit in einem Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes ist gelebte Inklusion! Wir unterstützen daher insbesondere Projekte, die Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung außerhalb einer Werkstatt ermöglichen. Ein wesentlicher Baustein ist das beschlossene Modellprojekt „Übergänge 500 Plus mit dem LVR-Kombilohn“. Dieses Modell zeigt, wie **freiwillige Leistungen** einen Beitrag leisten, die Lebensqualität für Menschen mit Behinderung zu steigern und gleichzeitig Kosten zu sparen.

Fortsetzen werden wir auch die Bereitstellung betriebsintegrierter Arbeitsplätze für bisher Werkstattbeschäftigte in allen Dienststellen des LVR.

Wichtiges Anliegen ist es uns als SPD-Fraktion, dass der LVR auch hier eine Vorreiterrolle im Rheinland übernimmt. Deshalb müssen solche Arbeitsplätze in der Zentralverwaltung und unseren Außendienststellen Normalität werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Haushalt 2011 zeigt, dass die bislang eingeleiteten Maßnahmen zur Steuerung der Eingliederungshilfe nicht nur wichtig für die fachliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfen und damit für die betroffenen Menschen sind. Sie haben gleichzeitig einen unverzichtbaren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung ermöglicht. Alleine im Bereich der Eingliederungshilfe wird **ohne Standardabsenkung (!)** ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung von rd. 50 Mio. Euro geleistet. Und dies, obwohl gerade dieser Bereich von Pflichtleistungen geprägt ist. Dank dafür an die Verwaltung des Sozialdezernates, die wir weiterhin unterstützen werden in ihren Planungen zur Reduzierung des Kostenanstiegs in diesem Bereich. Wir appellieren an die Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege in NRW, diesen Prozess aktiv mitzugestalten. In Anbetracht der Finanzlage unserer Mitglieds Körperschaften ist es wichtiger denn je, gute Konzepte zur Kosten- und Leistungssteuerung zu entwickeln. Dazu allen vom Sozialdezernat für die anstehenden Verhandlungen viel Erfolg!

Aber insgesamt zeigt doch auch die Entwicklung im Bereich der Sozialhilfe mit dem Erfolgsmodell „ambulant vor stationär“, dass der Leitgedanke der Gestaltungsmehrheit, **freiwillige Leistungen** zu übernehmen, um langfristig Qualität für Menschen zu steigern und die Kosten zu senken, der einzig richtige Weg ist.

Diesen unseren Leitgedanken, präventiv und freiwillig zu handeln mit der klaren Zielsetzung, bessere Verhältnisse für weniger Geld zu schaffen, hat auch die neue Landesregierung zur Grundlage ihres Handelns gemacht: So deckt sich auch deren klare jugendpolitische Zielsetzung – weg von der kurzfristigen, oft aktionistischen Maßnahmeförderung hin zu einer nachhaltigen präventiven Jugendpolitik der langfristigen Investitionen – mit den Forderungen der Fachwelt, wie sie z.B. im 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung formuliert sind. Sie deckt sich auch mit unseren Erkenntnissen aus dem LVR-Modellprojekt „NeFF Netzwerk Frühe Förderung“, welches mit LVR-Mitteln in sechs rheinischen Kommunen erprobt worden ist. Das Beispiel u.a. der NeFF-Kommune Dormagen zeigt, dass die Investitionen der Kommune in die Prävention sich langfristig nicht nur für die Kinder und Familien, sondern auch finanziell, z.B. in der Senkung der Fallzahlen und damit der Kosten in den Hilfen zur Erziehung auszahlen. Diese Erfolge stellen sich jedoch nicht kurzfristig ein. Das braucht Zeit – länger auf jeden Fall als eine Wahlperiode!

Auch die von uns initiierte **Koordinationsstelle Kinderarmut** im LVR-Landesjugendamt hat durch die Sonderprojektförderung 2010/11 für zehn Kommunen ihre Wirkung gezeigt.

Alle beteiligten Jugendämter haben mit den vergleichsweise überschaubaren Fördermitteln wichtige Schritte einer kommunalen Steuerung i.S. von **gemeinsamen Zielen** der öffentlichen und freien Träger sowie einer **bedarfsorientierten** Vertei-

lung der Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das bedeutet ein Mehr zum Wohle der Kinder, die in Armut leben, und es hat die **Auridis-Stiftung** auf diese Aktivitäten der Koordinationsstelle aufmerksam werden lassen. Diese private Stiftung unterstützt seit Januar über sechs Jahre hinweg mit zusätzlich 2,8 Mill. Euro die kommunalen Netzwerke gegen Kinderarmut - mit Fördermitteln, Beratung und Fortbildungsangeboten durch das LVR-Landesjugendamt Rheinland. Ein großartiger Erfolg!

Alle diese Ergebnisse zeigen doch, dass das populistische „keine freiwilligen Ausgaben“ der CDU-Fraktion sich letztendlich nicht auszahlt! Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, weitsichtig sind Ihre entsprechenden Anträge nicht, und das werden sie auch nicht, wenn sie sie bei den kommenden Haushaltsberatungen zum dritten Mal einbringen. Und ... Kompliment an sie: Selten hat sich mir so deutlich gezeigt, was eigentlich „konservativ“ heißt .... klar .... hängt mit „Konserve“ zusammen, aus der dann die Anträge kommen.

Ganz entscheidend ist es also, an den **richtigen** Stellen zu investieren, um zu sparen und nicht einfach nur zu sparen!

Thema: „Therapeutenschlüssel an den LVR-Förderschulen“.

Die angespannte Haushaltssituation und die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung machen es erforderlich, dass der LVR auch im Bereich der therapeutischen Leistungen neue Wege gehen muss.

Der Vorwurf, der LVR will an der Gesundheit schwerstmehrfachbehinderter Kinder sparen ist absurd und falsch! Der Vergleich mit dem LWL macht jedoch deutlich, dass dieser mit weniger Personaleinsatz nicht nur die therapeutischen Leistungen sicherstellt, sondern auch eine wesentlich höhere Refinanzierungsquote als der LVR erzielt. Die Kundenbefragungen der letzten Jahre beim LWL zeigen ebenfalls gute Ergebnisse. Die SPD-Fraktion der Landschaftsversammlung Rheinland steht weiterhin zum **ganzheitlichen** Ansatz an den LVR-Schulen. An diesen Schulen erfahren die Schülerinnen und Schüler eine Förderung, die Sonderpädagogik, Therapie und Pflege umfasst. Daran möchten wir fest halten. Statt einfach das LWL-Modell zu übernehmen, haben wir mit dem Haushaltsbegleitbeschluss die Verwaltung beauftragt, neue und sachgerechte Modelle zur qualitätserhaltenden Steuerung der therapeutischen Behandlung an unseren Schulen zu entwickeln, gemeinsam mit den Schulen und den Eltern. Die vollständige Abdeckung des Bedarfs an therapeutischen Unterstützungsleistungen ist dabei zu gewährleisten. Hierbei ist auch die Einbindung niedergelassener Therapeuten, die über die Krankenkassen abgerechnet werden können, zu überprüfen. Noch wichtiger ist aus meiner Sicht die Klärung der Frage, inwieweit Therapie als unverzichtbarer Bestandteil des Unterrichts anzusehen ist, damit auch das Land NRW als für den Unterricht Zuständiger einbezogen werden muss.

Die LVR-Schulen leisten hervorragende Arbeit für die individuelle Förderung von Kindern mit einem besonderen Förderbedarf. Wir alle, das heißt die gesamte Gesellschaft, muss sich dem zentralen Anliegen der Behindertenrechtskonvention stellen, die die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in das allgemeine Bildungssystem und damit in der allgemeinen Schule vorsieht. Neben unserer Verpflichtung, für die LVR-Förderschulen einzustehen, was ich an dieser Stelle für die SPD-Fraktion nochmals ausdrücklich untermauern möchte, ist es auch unsere Pflicht, den Aufbau eines inklusiven Bildungssystems zu unterstützen. Eine wichtige Voraussetzung ist hierbei die enge Kooperation der LVR-Förderschulen mit den allgemeinen Schulen vor Ort.

Die damit verbundene Veränderung der Schullandschaft, die auch massive Auswirkungen auf die Förderschulen des Landschaftsverbandes Rheinland haben wird, heißt es frühzeitig mitzugestalten. Das Land schätzt in diesem Prozess den Landschaftsverband Rheinland aufgrund seiner vielfältigen Erfahrungen als kompetenten Gesprächspartner. Dies haben unsere Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Hannelore Kraft und die Schulministerin, Frau Sylvia Löhrmann mehrfach bekräftigt.

Die Erweiterung des Angebots sonderpädagogischer Förderung in allgemeinen Schulen oder auch Inklusionsschulen ist eine komplexe und kontinuierliche Aufgabe. Die Weiterentwicklung eines Bildungssystems, in dem Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen gemeinsam leben und lernen, setzt die Akzeptanz von

Anderssein und von Verschiedenheit sowie den Umgang mit Vielfalt, das heißt das Einbeziehen aller Menschen in die Gemeinschaft voraus. Mit der **Integrationspauschale** des LVR werden bisher eingeschränkte Fördermöglichkeiten geöffnet, um auch komplexere Förderbedürfnisse zu ermöglichen und im Sinne der UN-Konvention damit die inklusive Beschulung auszuweiten.

Die Kommission Inklusion ist in diesen Prozess eingebunden und wird ihn intensiv begleiten.

Ein weiteres wichtiges Feld ist die Fortentwicklung der Offenen Ganztagschulen auch im Bereich der LVR-Schulen. Wer über Demografie, Gendermainstream und flexible Arbeitsverhältnisse redet, kann nicht ernsthaft die OGS-Mittel, die natürlich bei unseren Schülerinnen und Schülern wegen ihres individuell erhöhten Förderbedarfs pro Kopf etwas höher ausfallen, kürzen wollen. Auch die Vorgabe, keine weiteren Gruppen zuzulassen, wäre gesellschaftspolitisch eine Katastrophe. Deshalb haben wir an dieser Stelle durch unseren Haushaltsbegleitbeschluss für Klarheit gesorgt.

Klarheit wäre auch im Bereich der Betreuung der Unterdreijährigen und die damit verbundenen Finanzierungsfragen von Nöten gewesen. Das fraktionsübergreifende Unverständnis über das Gehampel der Verwaltung im LJHA in dieser Frage möchte ich nicht weiter kommentieren. Klar ist durch den Haushaltsbegleitbeschluss, das Modellprojekt wird bis zum Entstehen des Rechtsanspruches fortgeführt, die vorliegenden Anträge sollen zügig bearbeitet und beschieden werden, eine Gegenfinanzierung haben wir aufgezeigt!

Zum Bereich Gesundheit / HPH gibt es nicht viel zu sagen. Die Beschlüsse zur Investition von 500 Mio. Euro, also einer halben Milliarde, sind gefallen.

Die Strukturen sind alle neu geordnet und müssen jetzt mit Leben gefüllt werden. Eine neue Landesrätin ist heute gewählt worden. Sie wird mit einem starken Team die anstehenden Aufgaben meistern!

Ich wünsche Dir, liebe Martina, einen erfolgreichen Weg und freue mich schon sehr auf die Zusammenarbeit!

Bleibt mir am Schluss, mich zu bedanken.

Dank zunächst an die neue LVR-Direktorin, die u.a. sofort von Psychiatrie zu WestLB-Problemen wechseln musste, ein gewaltiger Sprung, den sie mit Bravur bestanden hat. Wobei sich der Gedanke aufdrängt, ob sie beim Wechsel zum Irrsinn der WestLB nicht doch gewisse Start-Vorteile – sozusagen aus ihrem vorherigen Amt – hatte!

Wir alle hier – denke ich – danken für den Einsatz, die gute Informationspolitik und ihre richtigen Entscheidungen!

Es ist uns allen nicht leicht gefallen, sich von der NRW.BANK zu verabschieden, aber in Anbetracht der drohenden Risiken aus unserer Sicht der einzig richtige Weg. Wir sollten nunmehr politisch versuchen, den LVR-Einfluss im Hinblick auf die Förderpolitik des Landes wieder zu sichern, denn: so ganz ohne kommunale Vertretung sollte das dann doch besser nicht von statten gehen.

Liebe Frau Hötte, Ihnen und Ihrem Team wie immer herzlichen Dank für die Mühe bei der Erstellung des „großen Haushalts-Werkes“ und nochmals für die hartnäckige und zugleich an der Aufgabe orientierte Konsolidierungsarbeit. Wie gesagt, eine echte Leistung. Eine Leistung der Kämmerin, der Kämmerei und der ganzen Verwaltung!

Abschließend sage ich **Danke** – auch im Namen der SPD-Fraktion – an unsere Partner

- Corinna Beck
- Stefan Peil
- Ralf Klemm von Bündnis 90/Die Grünen
- Bernd Paßmann
- Lars Effertz
- Hans-Otto Runkler von der FDP

- an die Verwaltungsspitzen Ulrike Lubek und Renate Hötte

sowie meine Fraktion und an mein Fraktionsbüro – Thomas Böll, Leila Soumani, für die außerordentlich gute und erfolgreiche Zusammenarbeit ... Da möchte ich/wir auch für den LVR noch ganz viel mehr von haben! Danke.